

Die Beitrittsperspektive hebt die Stimmung in Mitteleuropa

Die Menschen in Osteuropa sehen ihre Zukunft deutlich rosiger als noch vor wenigen Jahren. Vor allem in den künftigen EU-Mitgliedstaaten werden die wirtschaftlichen Perspektiven positiv beurteilt.

WOLFGANG FRANZEN
HANDELSBLATT, 28. 11. 2002

KÖLN. Die Gräben innerhalb der Reformstaaten Mittel- und Osteuropas vertiefen sich. Während das Vertrauen in die Marktwirtschaft und in die Wirtschaftsreformen in den künftigen EU-Mitgliedstaaten deutlich steigt, sind die östlicher gelegenen Staaten Russland und Ukraine weitaus skeptischer. Dies geht aus dem jüngsten Transformationsbarometer Osteuropa der Kölner Forschungsstelle für empirische Sozialökonomik hervor, die regelmäßig Befragungen in osteuropäischen Staaten durchführt. Während etwa Ungarn und Tschechien nicht zuletzt unter dem Anpassungsdruck des EU-Beitritts die Privatisierung und den Strukturwandel bereits weitgehend abgeschlossen hätten, seien in Russland und der Ukraine weitere Reformschritte dringend erforderlich, heißt es in der Studie.

Die Unzufriedenheit mit dem Reformprozess, die Ende der neunzi-

ger Jahre einen Höhepunkt erreichte, baut sich allmählich ab. Zwar überwiegt in allen untersuchten Staaten nach wie vor die Kritik, doch zeichnet sich vor allem in den mitteleuropäischen Ländern eine Trendwende ab. In Ungarn zeigen sich mittlerweile 45 % der Bevölkerung zufrieden mit den Reformen. Der Anteil der Unzufriedenen – vor zwei Jahren noch mehr als 75 % – ist auf 55 % geschrumpft. In Tschechien hat die Kritik wieder das Niveau von 1997 erreicht.

Vor allem das verbesserte Wirtschaftsklima trägt zu dieser Entwicklung bei. So schätzen Ungarn und Tschechen die Wirtschaftsaussichten immer positiver ein: Während im Jahr 2000 in beiden Ländern gut jeder Zweite eine Verschlechterung der Wirtschaftslage befürchtete, ist der Anteil der Pessimisten in Tschechien auf 37 % gesunken. In Ungarn rechnet nur noch jeder Fünfte mit einer Rezession, jeder Zweite erwartet einen Aufschwung. Ähnlich fällt die Einschätzung des Arbeitsmarktes aus: In Ungarn glaubt nur noch jeder Dritte, die Zahl der Erwerbslosen werde ansteigen; 43 % rechnen mit einer Stagnation der Arbeitslosenquote. In Tschechien rechnen 57 % mit steigenden Arbeitslosenzahlen – 30 % weniger als vor drei Jahren.

Persönliche Verbesserungen verzeichnen bislang nur Minderheiten. Nach wie vor klagt jeder fünfte Tscheche und jeder vierte Ungar über finanzielle Engpässe bei der Deckung der Haushaltskosten. Nur 15 % der Tschechen und gut ein Viertel der Ungarn konstatieren einen Anstieg des Lebensstandards in den letzten zehn Jahren. Jeweils doppelt so viele stellen indes eine Verschlechterung fest.

Auftrieb erhält die Stimmung in Mitteleuropa auch durch die EU-Integration, die nun greifbar nahe scheint. Vor allem in Ungarn, wo der Anpassungsprozess weit vorangeschritten ist, ist die Unterstützung für den Beitritt in allen sozialen Schichten weit verbreitet. In Tschechien fallen die gesellschaftlichen Unterschiede stärker aus: Jüngere, besser ausgebildete und einkommensstarke Gruppen sind sowohl unter den Reformgewinnern als auch unter den Befürwortern des EU-Beitritts stärker vertreten, während die Verlierer des Reformprozesses der EU-Integration mit größeren Vorbehalten begegnen.

Obwohl die Kritik auch in Russland und in der Ukraine leicht zurückging, sind immer noch 85 bzw. 90% der Bevölkerung unzufrieden mit den bisherigen Reformen. Doch die „Diktatur des Gesetzes“ von Prä-

sident Wladimir Putin kommt den Vorstellungen der Russen entgegen: Neun von zehn Befragten glauben, nur ein „starker Mann“ könne die Wirtschaftsprobleme in den Griff bekommen, und mehr als die Hälfte der Russen schenken Putin volles Vertrauen. Das Wirtschaftsklima, aber auch die Lage der privaten Haushalte hat sich in Russland in den letzten Jahren merklich verbessert: Immer mehr Menschen rechnen mit wirtschaftlichem Wachstum, der Anteil der Pessimisten hat

sich halbiert, und nur noch 39 % klagen über finanzielle Nöte. 1999 waren es noch 60 %.

Auch in der Ukraine setzen 89 % auf den „starken Mann“, jedoch steht Präsident Leonid Kutschma mit dem Rücken zur Wand: Vorwürfe, die von Korruption bis hin zum Mord an politischen Gegnern reichen, führten in jüngster Zeit zu Massendemonstrationen und Rücktrittsforderungen. Zwar hat sich die wirtschaftliche Stimmung auch in der Ukraine leicht verbessert, doch

kommen immer noch fast zwei Drittel der Haushalte kaum über die Runden. Zudem glauben drei von vier Ukrainern, nur die alte Elite profitiere von der Marktwirtschaft.

Die weit verbreitete Korruption und die mangelnde Rechtssicherheit zählen zu den größten Problemen in Osteuropa: Nur jeder vierte Russe und nicht einmal jeder fünfte Ukrainer glauben, dass man sich auf Recht und Gesetz verlassen kann. 96 % der Ukrainer sind davon überzeugt, mit Macht und Geld könne man seine eigenen Gesetze machen.

Misstrauen existiert auch gegenüber der Privatisierung: Während Tschechen und Ungarn privaten Großunternehmen mehrheitlich möglichst freie Hand lassen wollen, ist dies in Russland und der Ukraine umstritten. Über 80 % der Befragten dort fordern, große Unternehmen sollten in Staatsbesitz bleiben, damit sie nicht zu mächtig werden. Zudem befürchten die Menschen in allen Reformstaaten die Gefahr einer Überfremdung durch ausländische Investitionen – dabei sind die Ängste dort am größten, wo die Finanzhilfen am wichtigsten wären.

Wolfgang Franzen ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsstelle für empirische Sozialforschung (Fores) der Universität Köln.

EU-ERWEITERUNG

Die Kosten für die Osterweiterung der Europäischen Union werden meist überschätzt, besonders, was die Agrarhilfe für die Beitrittskandidaten betrifft. In seinem jüngsten Wochenbericht schreibt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin, dass für die 15 jetzigen Mitglieder im Jahre 2006 60 Mrd. Euro in den Agrar- und den Strukturbereich fließen; bei 10 weiteren Mitgliedern stiege diese Summe auf 77 Mrd. Euro. Dies würde einem Anteil am gesamten Bruttoinlandsprodukt aller Mitgliedsländer zwischen 0,5 und 0,9 % entsprechen und bedeutet damit nach DIW-Meinung keine untragbare finanzielle Last für die Mitglieder. Sollten beide Bereiche, also sowohl die Agrar- als auch die Strukturpolitik, reformiert werden, käme es sogar zu Einsparungen. Das DIW schlägt zudem vor, die EU-Verpflichtung zur Einkommenssicherung der Landwirte abzuschaffen. Dafür sollte sich die Strukturpolitik der EU darauf konzentrieren, unterdurchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen bei den Mitgliedern auszugleichen.

Optimismus in Mitteleuropa nimmt zu

Umfrage* zum Wirtschaftsklima in Ungarn und Tschechien

